

Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal

Lagebericht 2010

I. Darstellung des Geschäfts und der Rahmenbedingungen

Die Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal (APH) sind seit 1994 ein eigenbetriebsähnlicher Betrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Zweck der APH ist die Errichtung und Unterhaltung von Alten- und Altenpflegeheimen sowie die Unterbringung, Betreuung, Versorgung und Pflege in der Regel pflegebedürftiger junger und alter Menschen. Sie sind am lokalen Pflegemarkt als größter Einzelanbieter tätig.

Darüber hinaus wurde den APH in 2003 der Fachbereich Senioren und Freizeit als Nebenbetrieb mit Ratsbeschluss übergeleitet. Es werden verteilt im Stadtgebiet Wuppertal fünf Seniorentagesstätten betrieben.

Die Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal (APH) schließen das Geschäftsjahr 2010 mit einem positiven Ergebnis ab. In der Gewinn- und Verlustrechnung der APH wird ein Jahresüberschuss von 79,8 T€ (Vorjahr Jahresüberschuss: 53,7 T€) ausgewiesen. Davon resultieren 89,2 T€ (Vorjahr Jahresüberschuss: 61,6 T€) aus dem stationären Bereich. Der Fachbereich Senioren und Freizeit weist ein negatives Ergebnis in Höhe von 9,4 T€ (Vorjahr Jahresfehlbetrag: 7,9 T€) aus. Der Jahresüberschuss beinhaltet 229,5 T€ (Vorjahr: 217,9 T€) als Gewinnbeteiligung der APH Service GmbH für 2010. Das Jahresergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 11,6 T€.

Der vom Rat der Stadt für das Wirtschaftsjahr 2010 beschlossene Wirtschaftsplan weist einen Überschuss von 50,5 T€ (für den stationären Bereich 50,0 T€ und für den Fachbereich Senioren und Freizeit einen Überschuss von TEUR 0,5) aus. Tatsächlich weicht das Betriebsergebnis gegenüber dem Wirtschaftsplan um rd. 29,3 T€ ab. Ein Betriebskostenzuschuss seitens der Stadt war bzw. ist nicht erforderlich.

Umsetzung der Qualitätsstandards

Die Qualität, die das einzelne Haus zu bieten hat, ist für eine hohe Auslastung von entscheidender Bedeutung. Durch Pflege- und Qualitätsstandards, wie auch gesetzlich vorgegeben, und eine stetige Qualitätssicherung und -prüfung muss die Qualität der pflegerischen und hauswirtschaftlichen Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner auf hohem Niveau gehalten werden. Nur durch Qualität und entsprechende räumliche und personelle Rahmenbedingungen wird Nachfrage geweckt. Neue und/oder verschärfte Gesetze (Wohn- und Teilhabegesetz, Pflegequalitätssicherungsgesetz, Heimmitwirkungsverordnung usw.) zwingen die Einrichtungsbetreiber ständig nachzusteuern.

Im März 2011 wurde den Alten- und Altenpflegeheimen der Stadt Wuppertal und deren Kooperationspartnern, der Sozialholding Mönchengladbach sowie dem Bildungsinstitut im Gesundheitswesen – BIG – in Essen, das Projekt Teamorientierte Personalentwicklung – TOP – bewilligt. Im Rahmen des mit EU-, ESF-, sowie Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit geförderten Programms „Initiative Weiterbilden – Sozialpartnerrichtlinie“ wird das TOP- Projekt mit einer Laufzeit von drei Jahren Beschäftigte und Teams stärken, ihre Kompetenzen und die Zusammenarbeit weiterzuentwickeln. Nach Wuppertal fließen rd. 360 TEUR an Fördermitteln.

Unternehmenssteuerung

Im Bereich des Controlling und Risikomanagements haben die APH weiter nachgesteuert. Ein Risikomanagement-Handbuch ist vorhanden und wird kontinuierlich ausgebaut. Die Innenrevision wird durch Einkauf der Dienstleistung beim GMW gewährleistet.

Außerdem besteht die Notwendigkeit von zusätzlichen Fortbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen in allen Funktionsbereichen. So werden in 2010/11 Schwerpunkte in der Qualifizierung von Pflegehilfskräften in Form von Nachschulungen, der Schulung von Reinigungs- und Service-Kräften im Hinblick auf Hygiene und den Umgang mit Demenzerkrankten sowie vorbeugende und jährlich wiederkehrende Brandschutzunterweisungen für alle Beschäftigten angeboten und teilweise dienstverpflichtend umgesetzt. Die APH beteiligen sich finanziell teilweise oder ganz an den entsprechenden Angeboten für die Beschäftigten. Daneben bilden die APH auch in 2011

Auszubildende zum/zur Altenpfleger/in nach dem neuen Altenpflegeausbildungsgesetz aus. Damit erhoffen sich die APH eine nachhaltige Nachwuchsförderung und ein Entgegenwirken des Fachkräftemangels im Pflegeberuf. Außerdem bieten die APH interessierten Menschen im Rahmen eines Praktikums sowie innerhalb des freiwilligen sozialen Jahres die Möglichkeit, sich im Bereich der stationären Altenpflege einen Einblick zu verschaffen.

II. Vermögens- und Finanzlage

Eigenkapital und Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt (in T€):

Eigenkapital	EB-Wert	Entnahmen	Zu-/ Abgänge	Endbestand
	T€	T€	T€	T€
Stammkapital	12.782	0	0	12.782
Rücklagen	4.100	0	2	4.102
Verlust-/Gewinnvortrag	- 1.048	0	54	-994
Jahresüberschuss	54	-54	79	79
	<u>15.888</u>	<u>-54</u>	<u>135</u>	<u>15.969</u>
Rückstellungen	EB-Wert	Auflösung(A) Entnahmen	Zugänge	Endbestand
	T€	T€	T€	T€
Pensionsrückstellungen	833	0	70	1.012
- Anpassung BilMoG (B)			109 (B)	
Ausstehende Rechnungen	1	1 (A)	14	14
Unterlassene Instandhaltung	1.701	292	165	1.574
Personalbezogene Verpflichtungen	239	164	168	256
- Anpassung BilMoG (B)			13 (B)	
Abschluss- und Prüfungskosten	44	44	28	28
Anwalts- und Prozesskosten	40	17 (A) 23	0	0
Zinsen aus Investitionskosten	87	87	14	14
Verrechnung Altenpflegeumlage	23	23	0	0
Ausbildungsvergütung	4	4 (A)	0	0
Archivierung	17	0	0	15
- Einstellung in Gewinnrücklagen (G)		2 (G)		
Altentagesstätten	76	7	7	76
		2 (G) 22 (A)	122 (B)	
	<u>3.065</u>	<u>640</u>	<u>466</u>	<u>2.989</u>

Die Personalbezogenen Rückstellungen beinhalten auch Ansprüche von Langzeiterkrankten Beschäftigten auf den gesetzlichen Mindesturlaub gem. EuGH-Urteil vom 20.01.2009

Die Finanzierungsverhältnisse sind geordnet.

Die Anlagendeckung (unter Berücksichtigung des langfristigen Fremdkapitals) hat sich geringfügig auf 93,8 % (Vorjahr: 93,2 %) erhöht. Eine Verbesserung der Anlagendeckung wird angestrebt. Das Eigenkapital hat - unter Berücksichtigung der Sonderposten - einen Anteil an der Bilanzsumme von 45,4 % (2009: 44,9 %) und das langfristige Fremdkapital von 54,6 % (2009: 55,1 %). Damit ist gegenüber dem Vorjahr eine Verbesserung eingetreten, die weiter vorangetrieben werden sollte.

Die Liquidität der Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal war im Wirtschaftsjahr 2010 jederzeit gewährleistet.

Liquidität zum Bilanzstichtag

	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2009</u>
	T€	T€
Kurzfristiges Fremdkapital	-5.175,3	-5.258,5
<u>Flüssige Mittel I. Ordnung</u>	<u>1.989,0</u>	<u>1.974,6</u>
Unterdeckung I	-3.186,3	-3.283,9
<u>Flüssige Mittel II. Ordnung</u>	<u>1.048,9</u>	<u>921,6</u>
Unterdeckung II	-2.137,4	-2.362,3
<u>Flüssige Mittel III. Ordnung</u>	<u>104,9</u>	<u>94,8</u>
Unterdeckung III	<u><u>-2.032,5</u></u>	<u><u>-2.267,5</u></u>

Wie aus der Übersicht hervorgeht, hat sich die Liquidität absolut um 235,0 TEUR gegenüber dem Vorjahr verbessert.

	<u>2010</u> T€	<u>2009</u> T€
<u>Laufende Geschäftstätigkeit</u>		
Jahresergebnis	79,8	53,7
Abschreibungen/Zuschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	947,0	1.015,9
Zunahme/Abnahme (-) der lang- und mittelfristigen Rückstellungen	326,8	-300,7
Auflösung von Sonderposten aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung von Investitionen	<u>-56,2</u>	<u>-53,3</u>
Cash-Flow	<u>1.297,4</u>	<u>715,6</u>
Zunahme/Abnahme (-) der kurzfristigen Rückstellungen	-401,6	-601,4
Zunahme (-)/Abnahme der Vorräte und der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	-63,5	-118,6
Zunahme /Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	<u>+303,1</u>	<u>+118,5</u>

Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	+1.135,4	+114,1
	-----	-----
<u>Investitionstätigkeit</u>		
Investitionen in das Sachanlagevermögen	-537,8	-665,8
Zuführung zu den Sonderposten aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung von Investitionen	+68,8	171,5
	-----	-----
Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit	-469,2	-494,3
	-----	-----
<u>Finanzierungstätigkeit</u>		
Minderung/Erhöhung der Forderungen aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung (saldiert)	-64,2	96,2
Darlehenstilgungen	-587,6	-574,5
	-----	-----
Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-651,8	-478,3
	-----	-----
	2010	2009
	T€	T€
	-----	-----
<u>Finanzmittelfonds</u>		
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	14,4	-858,5
Finanzmittelbestand am Anfang des Jahres	1974,6	2.833,1
	-----	-----
Finanzmittelbestand am Ende des Jahres	1.989,0	1.974,6
	=====	=====

III. Ertragslage

Seit dem 01.07.2010 gelten neue Pflegesätze für die städtischen Alten- und Altenpflegeheime, die am 30. April 2010 verhandelt und abgeschlossen wurden. Diese neuen Pflegesatzvereinbarungen gelten bis zum 29.02.2012. Die Ausgaben für Fremdkräfte, die in Fällen von Erkrankungen eigener Pflegebeschäftigten anfallen, wurden nicht anerkannt. Die Auswirkungen der Tarifierhöhungen von Januar bis Juni 2010 mussten durch den Betrieb selbst aufgebracht werden.

Dennoch halten die Pflegekassen die Pflegesätze weiterhin auf niedrigem Niveau. Vor diesem schwierigen Hintergrund konnte die Betriebsleitung dennoch mit den Kostenträgern Pflegesätze aushandeln, die über alle Einrichtungen und Pflegestufen gesehen eine durchschnittliche Budgeterhöhung (ohne Investitionskostenpauschale) gegenüber den letzten Verhandlungen von rd. 3,2 % für die Laufzeit vom 01.07.2010 bis zum 29.02.2012 darstellen. Über alle Häuser und Pflegestufen (einschließlich der Pflegestufe 0) gesehen erhöhte sich das Heimentgelt um durchschnittlich zwischen 1,9 bis 6,3 %. Damit ist die Strategie der Betriebsleitung Pflegesätze zu erhalten, die eine auskömmliche und in die Zukunft gerichtete Betriebsführung ermöglichen (auch für den Wuppertaler Hof auf Grund des Umbaus und der damit derzeit und bis Februar 2010 nicht belegbaren Betten), aufgegangen. Das Ergebnis der Pflegesatzverhandlungen ermöglicht dem gesamten Betrieb für die Wirtschaftsjahre 2010 und 2011 eine auskömmliche Betriebsführung, die den Versorgungsauftrag nicht gefährdet und die Qualität durch personelle Ressourcen auf dem bisherigen Level sichert.

Seit März 2009 werden in den städtischen Einrichtungen Betreuungsassistenten- und assistentinnen eingesetzt, die ausschließlich zur Betreuung von Bewohnern mit eingeschränkter Alltagskompetenz (demenzerkrankte Menschen) tätig sein dürfen. Diese werden zusätzlich von den Krankenkassen im Rahmen des SGB XI, § 87 b, an APH mit jährlich 30 T€/pro Vollzeitstelle eines Betreuungsassistenten vergütet.

Entwicklung der Ertragslage

In zusammengefasster Form hat sich das Jahresergebnis wie folgt entwickelt:

	2010	2009	Änderungen	
	T€	T€	T€	%
Pflegeerlöse	28.128	27.259	+869	+3,2
Sonstige betriebliche Erträge	928	1.060	-132	-12,5
Betriebsleistung	29.056	28.319	+737	+2,6
Personalkosten	17.989	17.646	+343	+1,9
Abschreibungen	959	1.046	-87	-8,3
Sachbedarf	8.799	8.287	+512	+6,2
Instandhaltung	1.081	1.737	-656	-37,8
Betriebliche Aufwendungen	28.828	28.716	+112	+0,4
Betriebsergebnis	228	-397	+625	+157,4
Finanzergebnis	-50	-68	+18	+26,5
Außerordentliches Ergebnis	-98	519	-617	+118,9
Jahresergebnis	80	54	+26	+48,1

Zu den einzelnen Komponenten sind folgende Anmerkungen zu machen:

1. Belegungssituation

Im Geschäftsjahr 2010 waren in den sieben Heimen durchschnittlich 98,0 % (Vorjahr 97,1) der Plätze belegt. Betrachtet man die Belegung ohne den Wuppertaler Hof, der auf Grund von Umbaumaßnahmen im Neubautrakt erst ab März 2010 voll belegbar war, ergibt sich eine Belegungsquote von 99,8 %.

Die Situation in den Häusern stellt sich im Einzelnen wie folgt dar (Bettenzahl im Jahresdurchschnitt):

	Betten - Anzahl	Auslastung in %	Abweichung Vorjahr in %
Altenpflegeheim Neviandtstraße	170	101,2	+0,2
Altenpflegeheim Obere Lichtenplatzer Str.	90	96,7	-0,6
Altenheim Vogelsangstraße	80	98,3	+0,1
Altenpflegeheim Am Diek	125	98,5	-0,4
Altenheim Hölkesöhde	108	96,8	-4,0
Altenzentrum Winklerstraße	87	91,5	+15,8
Altenheim Herichhauser Straße	<u>121</u>	<u>99,7</u>	<u>-1,5</u>
	781	98,0	+0,9

Die Belegung der Einrichtungen lag bei der von der Betriebsleitung bei wirtschaftlichen Betrachtungen und Prognosen angenommenen Belegungsgrad von 98 bis 98,5 %.

Damit folgt die Tendenz der Vorjahre und zeigt deutlich, dass trotz zusätzlicher Einrichtungen in Wuppertal und Leerständen die kommunalen Einrichtungen gut aufgestellt und angenommen sind.

2. Personalsituation und -kosten

Zum Ende des Geschäftsjahres waren bei den Alten- und Altenpflegeheimen inklusive Auszubildende insgesamt 473 Personen tätig. Damit erhöhte sich der Stand der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt um 7 Personen. Die Frauenquote an der Gesamtzahl der Beschäftigten beträgt 87,1 %.

Die Beschäftigten verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Bereiche

	Beschäftigte 31.12.2009	Beschäftigte 31.12.2010	Abweichung
Zentralverwaltung	16	16	-
Betriebsstätten (Heime)	414	407	-7
Sonstige (Azubis, Zivis)	<u>36</u>	<u>50</u>	+14
	<u>466</u>	<u>473</u>	+7

Bei den vorgenannten Beschäftigtenzahlen handelt es sich nicht um Vollstellen, sondern um Kopffzahlen.

Die Höhe der Personalkosten beträgt 17.989 T€. Davon entfallen auf

Löhne, Gehälter, Dienstbezüge	14.099 T€
Soziale Abgaben	2.662 T€
Altersversorgung	1,136 T€
Beihilfen und Unterstützungen	8 T€
Personalnebenkosten	<u>84 T€</u>
	<u>17.989 T€</u>

Die Personalaufwendungen stiegen gegenüber dem Geschäftsjahr 2009 um rd. 344 T€ (Vorjahreszeitraum 292 T€) an. Das ist ein Anstieg von 1,9 % gegenüber dem Vorjahr.

Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen:

- Tarifliche Gehaltssteigerung
- die Wiederbesetzung frei gewordener Stellen in der Pflege auf Grund z.B. längerer Erkrankung und/oder Austritt aus dem Betrieb
- Verringerung im hauswirtschaftlichen Bereich durch natürliche Fluktuation und Aufgabenübertragung an APH Service GmbH

3. Sachbedarf

Die Materialaufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 531,1 T€.

Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen:

- ganzjähriger Einsatz von Betreuungsassistenten (Vorjahr: ab März 2009)
- Anstieg des Energiebedarfes (auf Grund des lange andauernden Winters);
- zusätzlicher Aufwand für Beratung im Zusammenhang mit dem Küchenkonzept;
- Anstieg des Aufwands für Zusatzpersonal ,
- Minderung der Aufwendungen für Fremdpersonal in der Pflege;
- Betreuungsbedarf in den Altentagesstätten.

4. Instandhaltungen

Für Instandhaltungen einschließlich Rückstellungen für unterlassene, aber im Folgejahr nachgeholte Maßnahmen wurden rd. 1.081,1 T€ (Vorjahr: 1.737 T€) aufgewendet; die wesentlichen Aufwendungen entfielen dabei auf den Gebäudebereich (524,2 T€), die technischen Anlagen (207,8 T€), die Betriebsausstattung (124,4T€), die Außenanlagen (49,5 T€) sowie die Wartung (172,8 T€). Für die Tagesstätten wurden 0,7 T€ an Instandhaltungen aufgewendet.

IV. Nachtragsbericht

Bei der Risikobetrachtung des Betriebes ist zu bedenken, dass das Nachfragepotential für Altenheimplätze weitgehend fehlt, weil das SGB XI den Vorrang der ambulanten und teilstationären Betreuung vor der vollstationären Unterbringung normiert und weder der Medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDK) für die Pflegekassen noch die Sozialhilfeträger Heimbedürftigkeit bei fehlendem Pflegeerfordernis attestieren. Dagegen ist die Belegung der Pflegeplätze für die überschaubare Zukunft weiterhin erreichbar. Die Entwicklung auf dem privaten Altenpflegesektor muss auch weiterhin im Hinblick auf Marktentwicklungen beobachtet werden. Derzeit gibt es nach Erhebungen der örtlichen Sozialplanung rd. 150 nicht belegte Plätze in stationären Einrichtungen in Wuppertal.

Im Dezember 2011 werden die Pflegesätze seitens APH bei den Kostenträgern gekündigt mit dem Ziel, neuer und höherer Pflegesätze für die sieben Einrichtungen ab dem März 2012. Die notwendigen Verhandlungen werden voraussichtlich im Dezember 2011/Januar 2012 zu führen sein.

Die gesondert berechnungsfähigen betriebsnotwendigen Investitionsaufwendungen, die bis zum 31.12.2008 gültig waren, wurden termingerecht Ende 2008 neu beantragt und Anfang 2009 vom Landschaftsverband Rheinland für zwei Jahre beschieden. Es gab für alle beantragten Einrichtungen erhöhte Investitionskostenpauschalen, die die Erlöse für 2009 und 2010 erhöhen. Für die Einrichtungen Hölkesöhde und Neviandtstraße wurden noch keine Anträge gestellt, da diese Häuser auf Grund der Anerkennungsgrundlage für bereits erstellte Rettungswege, Gesamtkonzeptionen bedingen, die derzeit mit dem örtlichen Sozialträger sowie dem Landschaftsverband abgestimmt werden. Nach Abschluss der Verhandlungen wird es auch für diese Einrichtungen erhöhte Investitionskostenpauschalen geben.

Die Prüfung der raumluftechnischen Anlagen durch Sachverständige wurden zwischenzeitlich abgeschlossen und notwendige technische Nachrüstungen erfolgten. Die Küchenlüftungen für die fünf Verteilerküchen konnten fast ausnahmslos auf ein absolutes Minimum zurück gebaut werden. Hierdurch fallen zukünftig deutlich weniger Instandhaltungs- und Wartungskosten an.

Die weitere Sanierung des Hauses B und C in der Neviandtstraße wurde bereits Ende 2009 gestoppt. Darüber hinaus wurde das Haus C zwischenzeitlich komplett geräumt. Die Bewohner wurden in das Haus B verlegt. Hintergrund ist die fehlende Genehmigung der Bezirksregierung zur Aufnahme von Finanzmitteln seitens APH bei der Stadt Wuppertal. Alternativ werden hier Möglichkeiten gesucht, die eine Genehmigung denkbar machen. Auch hier finden weitere Gespräche zwischen Beteiligungssteuerung, GWG und APH statt. Außerdem liegt APH nunmehr hierzu ein Konzept des Kuratoriums deutscher Altenhilfe (KDA) vor, welches im September 2008 dem örtlichen Sozialhilfeträger vorgelegt wurde und derzeit abgestimmt wird. Eine Prüfung der geplanten Sanierungsmaßnahmen hat ergeben, dass eine Grundsanierung aufgrund neuer bestehender Energiesparverordnungen unwirtschaftlich wäre. Aufgrund dessen wird ein Abriss der Gebäudeteile Haus B und C einhergehend mit einem Ersatzbau im Rahmen des Landespflegegesetzes derzeit geprüft.

V. Risikobericht

APH beobachten den lokalen Pflegemarkt sehr genau. Insbesondere zusätzliche Heimplätze, die durch Neu- und Umbauten in Wuppertal entstanden sind, führen dazu, dass nach dem Auslastungsmonitoring der städtischen Sozialplanung für das erste Halbjahr 2009 die Durchschnittsbelegung der stationären Einrichtungen in Wuppertal bei ca. 96,1% (Vorjahr: 95 %) liegt. Weiter heißt es in diesem Bericht, dass durchschnittlich im ersten Halbjahr 2009 täglich rein rechnerisch 150 (Vorjahr: 200) Pflegeplätze nicht genutzt wurden. Die Zahlen für das Jahr 2010 wurden bislang durch den örtlichen Sozialhilfeträger nicht freigegeben. Somit besteht frühestens ab dem Jahr 2015 rein quantitativ nach derzeitiger Einschätzung Bedarf an einer Angebotserweiterung. Zeitgleich entstehen derzeit bzw. in den nächsten Jahren neue zusätzliche stationäre Einrichtungen. Es werden in Wuppertal derzeit und zukünftig, wenn auch nicht in demselben Maße, Betten abgebaut. Dies geschieht auf Grund notwendiger Umbaumaßnahmen und/oder Qualitätsverbesserungsmaßnahmen bei den verschiedenen Trägern. Auch APH haben und werden zukünftig im Rahmen der Anpassungen an das Landespflegegesetz NRW einige Pflegeplätze abbauen. Ab Anfang 2009 wurden bei APH 9 Plätze abgebaut. Der nächste Pflegeplatzabbau ist für 2011 vorgesehen. Trotzdem besteht weiterhin die Gefahr, dass bei den APH in einzelnen Einrichtungen Belegungsprobleme auftreten könnten.

Wie bereits im Lagebericht zum Jahresabschluss 2004 dargestellt, sind die gesetzlichen Veränderungen im Rahmen des Heimgesetzes, die nunmehr weitestgehend durch das Land

im sog. Wohn- und Teilhabegesetz NRW geregelt werden und Auswirkungen der Reform der Pflegeversicherung sowie der Gesundheitsreform weiter offen. Zudem sind die Auswirkungen von EU-Regelungen (z. B. Dienstleistungsrichtlinie, EU-Richtlinie für Zulassungen von Produktionsküchen) sowie dem vorgenannten Wohn- und Teilhabegesetz nicht abschließend zu bewerten.

Die Betriebsleitung sieht zudem Risiken in der Umsetzung von Baumaßnahmen. Die Bezirksregierung verweigert derzeit die erforderliche Kapitalaufnahme von Einrichtungen bei ihren Kommunen, die keinen genehmigten Haushalt haben. Das kann, wenn z. B. eine größere Baumaßnahme ansteht, die nicht über die beschiedene Investitionskostenpauschale abgewickelt werden kann, dazu führen, dass in der betroffenen Einrichtung Leerstände produziert werden und somit ein wirtschaftliches Risiko für den Betrieb entstehen kann.

Die in 2004/05 begonnenen vorbeugenden Brandschutzmaßnahmen in der Einrichtung Nevianttstraße, die mit Feuerwehr und Bauordnung in einem Zeitplan abgestimmt sind, werden in 2011 vollständig abgeschlossen sein.

Die Betriebsleitung entschloss sich nach eingehender Beratung und Würdigung insbesondere der neuen Brandschutzverordnungen schrittweise in allen städtischen Einrichtungen flächendeckende Brandmeldeanlagen, soweit noch nicht vorhanden, für alle Einrichtungen zu installieren. Seit 2009 werden die bestehenden Anlagen schrittweise erweitert. Drei Einrichtungen sind bereits umgesetzt.

Trotz des guten Ergebnisses der letzten Pflegesatzverhandlungen im Mai/Juni 2010, bei dem eine durchschnittliche Budgeterhöhung von rd 3,2 % ausgehandelt werden konnte und das Heimentgelt über alle Heime und Pflegestufen gesehen zwischen 1,9 bis 6,3 % erhöht wurde, sieht die Betriebsleitung Risiken, die von ihr nicht wesentlich beeinflusst werden können. Da die Pflegesätze ausschließlich prospektiv verhandelt und vereinbart werden, können Kostenveränderungen während der vereinbarten Laufzeit nicht abschließend und vollständig berücksichtigt werden. Insbesondere im Sachkostenbereich kommt es zu plötzlichen und unerwarteten Erhöhungen. Hier sind hauptsächlich die Energiekosten sowie die Kosten für medizinische und pflegerische Produkte zu sehen. Ebenso ist die zwischen den Tarifparteien noch immer nicht abgeschlossene Entgeltordnung risikobehaftet. Diese Entgeltordnung kann aus Sicht der Betriebsleitung rückwirkende (bis zur Einführung des TVöD im Oktober 2005) Folgekosten nach sich ziehen. Die Zusatzversorgung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst

hat ab dem Januar 2010 den Sanierungsgeldanteil um 1% erhöht. Darüber hinaus ist der stationäre Pflegebereich einer Fülle von Gesetzen und Vorschriften ausgesetzt, die durch Veränderungen zu zusätzlichen Kosten führen. Hier ist in erster Linie das neue Wohn- und Teilhabegesetz des Landes NRW gemeint, das das bisherige Heimgesetz ab dem Januar 2009 abgelöst hat. Hier gibt es derzeit neue Denkansätze, die zu Änderungen der v.g. Gesetze führen können. Darüber hinaus sind neue Brandschutzverordnungen und Hygienevorschriften zu erwarten.

Die auf Grund der gesetzlichen Vorgaben (z. B. Pflegeweiterentwicklungsgesetz) erhöhten Qualitätsansprüche an die stationären Einrichtungen, wurden von den städtischen Einrichtungen eindrucksvoll erfüllt. In 2009 erfolgten in allen sieben städtischen Einrichtungen unangemeldete Prüfungen durch verschiedene Prüfteams des MDK Nordrhein. Die Einrichtung in der Herichhauser Straße wurde im Oktober 2009 als erste stationäre Einrichtung in Wuppertal nach den neuen Transparenzvereinbarungen unangemeldet geprüft. Das Haus wurde mit der Gesamtnote 1,8 bewertet und das Ergebnis veröffentlicht. Derzeit wurden in 2011 sechs der Einrichtungen vom MDK unangemeldet geprüft. Die zu veröffentlichen Prüfnoten bewegen sich zwischen 1,0 und 1,2. Lediglich die Einrichtung Herichhauser Straße wurde bis dato noch nicht geprüft. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die geprüften Einrichtungen im Wesentlichen mängelfrei sind. Darüber hinaus erfolgten Hausprüfungen durch die örtliche Heimaufsicht, die ebenso positiv ausgefallen sind.

VI. Prognosebericht

Die Betriebsleitung sieht die APH als großen lokalen Anbieter in einer guten Marktposition und somit gut aufgestellt. Allerdings geht die Betriebsleitung davon aus, dass die Belegung sich zwischen 98 bis 98,5 % auf alle Häuser gerechnet einpendeln wird. Durch die gute und zukunftsgerichtete Zielgruppenarbeit, die seit Jahren vorangetrieben wird, sollten die gesetzten Ziele erreichbar bleiben. Nachdem die APH bis auf die Neviandtstraße die vorbeugenden Brandschutzmaßnahmen weitestgehend abgeschlossen hat, wird ab 2011 verstärkt in qualitative bauliche Verbesserungen investiert werden. Auch dies ist eine zukunftsichernde Maßnahme. Für das Jahr 2011 sieht die Betriebsleitung das Ziel des Wirtschaftsplanes 2011 als realisierbar an, in dem ein Jahresüberschuss ausgewiesen ist. Die Betriebsleitung wird die Jahre 2011 und Folgejahre nutzen, um durch entsprechende Investitionen und Baumaßnahmen den Betrieb noch wettbewerbsfähiger zu gestalten. Dabei

wird darauf geachtet, dass die Umsetzungen den gesetzlichen Richtlinien und den Qualitätsansprüchen an eine moderne gesamtheitliche Altenpflege entsprechen. Insbesondere sind die folgenden Baumaßnahme ab 2011 zu benennen:

Nevianttstraße	vorbeugende Brandschutzmaßnahmen sowie ggfls. Instandhaltung der Fernwärmeleitung (ca. 800 T€)
Obere Lichtenplatzer Straße	Neuanstrich der Gebäude sowie Verbesserung der bestehenden Sanitäranlagen (ca. 50 T€)
Am Diek	Erneuerung der Schwesternrufanlage sowie eine neue, flächendeckende Brandmeldeanlage (ca. 300 T€)
Vogelsangstraße	Verbesserung der sanitären Anlagen (ca. 50 T€)
Alle Häuser	sonstige Energiesparmaßnahmen (seit 2009 rd. 150 T€) gem. TÜV Vorgaben Erneuerung bzw. Wartung von Lüftungstechnischen Anlagen sowie Ertüchtigung der Elektroanlagen (in 2010 rd. 100 T€) diverse Bauunterhaltung (z. B. Maler,-Sanitär- und Elektroarbeiten rd 300 T€) Erneuerung/Erweiterung von Aufzügen (rd. 100 T€)
Wuppertaler Hof	Schaffung eines Sinnesgartens entlang der Friedrich Engels Allee (Bearbeitung und Aufbereitung einer Grünfläche rd. 50 T€).
Herichhauser Straße	Schaffung eines Sinnesgartens im Außenbereich zwischen der Einrichtung und den GWG-Altenwohnungen (rd. 50 T€)

Darüber hinaus wurden und werden sog. Niedrig-floor-Betten zur Sturzprävention angeschafft. Die ersten Betten wurden bereits im Jahr 2010 angeschafft..

Des Weiteren sind zukünftig niedrighschwellige Angebote in Kooperation mit Kliniken als zusätzliche Angebote und Einnahmemöglichkeiten für APH denkbar.

Die Zusammenlegung der Küchen hin zu zwei Produktionsküchen und fünf Verteilerküchen verzögerte sich. Bis Juni 2011 soll endgültig und stufenweise die Zusammenlegung der

Küchen abgeschlossen sein. Die EU-Zulassungen für Produktionsküchen liegen vor bzw. wurden mündlich angekündigt.

Im Fachbereich Senioren und Freizeit werden die APH verstärkt auf Migrationsarbeit setzen. Zweimal jährlich erscheinen Angebote über Reisen und Ausflüge für ältere Menschen aus den verschiedenen Wuppertaler Stadtgebieten.

Die einzelnen Tagesstätten sind besuchergerecht hergerichtet. Für die Tagesstätte im Verwaltungshaus in Langerfeld in der Schwelmer Strasse wurde eine Alternative in der Kohlenstraße gefunden. Die dort nutzbare Fläche ist behindertengerecht.

APH werden zukünftig weiter alternative und/oder ergänzende Wohnformen in stationären Pflegeeinrichtungen planen und umsetzen.

Die weitere Fortführung der strukturellen und damit verbundenen baulichen Veränderungen in den Einrichtungen sind ein notwendiges Mittel zur Umsetzung des strategischen Zieles der Vollbelegung aller Häuser der APH. Die Refinanzierung der Instandhaltungsmaßnahmen erfolgt losgelöst von den tatsächlich entstehenden Instandhaltungsaufwendungen.

Die vom Landschaftsverband Rheinland beschiedenen Investitionskostensätze errechnen sich auf der Grundlage von Bettenwerten und den historischen Anschaffungskosten der Einrichtungen. Vor diesem Hintergrund kann es, wie in den Vorjahren, auch zukünftig in diesem Bereich zu Unterdeckungen kommen.

Sonstige Anmerkungen

Alle von den APH nicht beeinflussbaren Aufwandserhöhungen sind eine Gefahr für einen wirtschaftlich zu führenden Betrieb. Die APH haben keine Reserven, um zusätzliche Aufwendungen, die von außen in den Betrieb getragen werden, im operativen Geschäft aufzufangen. Aufgrund ihrer nachfragegerechten und flexiblen Reaktionen auf dem lokalen Pflegemarkt, werden die APH als größter Anbieter ihre sozialen Kompetenz und Verpflichtung gegenüber den Bürgern und Bürgerinnen dieser Stadt auch zukünftig erfüllen. Dabei muss der Betrieb wirtschaftlich und auskömmlich arbeiten. Die konsequente und kontinuierliche Politik der

Einsparung und Kostenreduzierung (z.B. durch Budgetierung, Mitarbeitermotivierung usw.), die die Betriebsleitung weiterhin umsetzt, sind hierfür ein Garant. Die in den kommenden Jahren noch notwendigen Investitionen und Bauunterhaltungsmaßnahmen, die aus eigenen Mitteln (und ggf. Fördermitteln) bestritten werden, sind zur wirtschaftlichen Zukunftssicherung des Eigenbetriebes zwingend notwendig. Daneben ist die Qualität, die in den Einrichtungen auf hohem Niveau gehalten wird, für eine hohe Auslastung entscheidend.

Wuppertal, den 31.03.2011

Renziehausen
Betriebsleiter